

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design

Herausgeber: Hochparterre

Band: 28 (2015)

Heft: 11

Artikel: Unter Druck

Autor: Petersen, Palle

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-595472>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unter Druck

Missverständnisse über Verdichtung und Energiewende bedrängen die Denkmalpflege. Mit grossem Engagement stemmt sie sich dagegen, doch fehlt ihr Unterstützung.

Text:
Palle Petersen
Infografik:
Hahn + Zimmermann

«Das Sündenbock-Phänomen macht mich ratlos», sagt Peter Baumgartner. Er ist ein Kultureller alter Schule. Weisses Hemd und schwarze Brille, hochgewachsen, humorvoll, Raucher. Im Blockrandhof eines Zürcher Restaurants erzählt er aus seinem Berufsleben. Als Zeichner begann er bei der kantonalen Denkmalpflege, heute steht er als Leiter kurz vor der Pensionierung und spürt Gegenwind. In der Öffentlichkeit gilt die Denkmalpflege als Verhinderer von Verdichtung und Energiewende. Im Chor rufen Bauwirtschaft, Ökofreunde, Staats- und Kulturpessimisten nach Aussendämmung, Aufstockung und Abriss. Mit Erfolg. Immer öfter hört man von Mittelkürzungen und Vorstössen gegen gesetzliche Grundlagen. Es droht ein Verlust von Freiräumen, Substanz hinter den Fassaden und unscheinbaren Zeugen der Geschichte.

Keine Zahlen, keine Strategie

Weil Kultur eine Kantonsaufgabe ist, gibt es keine eidgenössische Denkmalpflege. Das Natur- und Heimatschutzgesetz verlangt wenig mehr, als eine Fachstelle zu bezeichnen, und so arbeiten die 26 kantonalen Denkmalpflegen in verschiedenen Departementen und auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen. Weil vergleichende Zahlen fehlen, unterstützte die Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger (KSD) Hochparterre bei einer Datenerhebung. Diese und Gespräche zeigen: Die Denkmalpflege ist vergleichsweise stabil aufgestellt in den Städten, in den kleinen Landkantonen mit geringem Baudruck und in den meisten Kantonen im Flachland. Dagegen ist die Lage in den grossen Bergkantonen düster und in der Zentralschweiz oft finster.

Während die Mittel stagnieren oder sinken und manches Inventar veraltet, wachsen die Aufgaben allerorts. Der Bauboom der Nachkriegszeit hinterliess ein anspruchsvolles Erbe, und wo sich die Kulturlandschaften entleeren, fehlen neue Nutzungen für alte Häuser. Der Denkmalpfleger muss heute Kunst- und Konstruktionshistoriker sein,

Jurist und Raumplaner, Vermittler und Energiefachmann. Aber was, wenn Geld und Leute fehlen? Niemand sagt, bei welchen Bauten und Aufgaben die Prioritäten richtig gesetzt und wo Abstriche möglich sind. Cordula Kessler von der Nationalen Informationsstelle zum Kulturerbe (Nike) vermisst denn auch Entschlossenheit und innere Klarheit. Die Denkmalpflege sammle und reagiere, statt selbstbewusst Themen zu setzen.

Unzulängliche Inventare

«Die Zürcher Gesetze haben Zähne, wir sind eine Be willigungsbehörde wie die Feuerpolizei und haben bald ein kantonsweit aktuelles Inventar», relativiert Baumgartner im Landesvergleich seine Sorgen. Eine solche Arbeitsgrundlage ist wichtig, aber keineswegs selbstverständlich. Ein Inventar bis in die Achtzigerjahre und für das gesamte Zuständigkeitsgebiet führen aktuell nur Freiburg, Nidwalden und die Stadt Zürich. Nebst dem Kanton Zürich schliessen in den nächsten Jahren Graubünden, Obwalden und die Städte Bern, Luzern und Winterthur auf.

Sieben weitere Kantone und drei Städte erfassen dann immerhin den Bestand bis in die Siebzigerjahre flächen deckend. Viel tut sich also in der Inventarisierung, doch der Kanton Thurgau entschied sich bewusst gegen eine periodische Aktualisierung, als entstünde nach 1960 keine zeugnishaftes Baukultur mehr. In den Kantonen Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Jura, Schwyz und Wallis bleiben die Inventare lückenhaft oder veraltet.

Auch für Bauherren sind unzulängliche Inventare und fehlendes Personal ein Ärgernis. «Oft tritt die Denkmalpflege erst nach eingereichten Baugesuchen in Erscheinung, und im Bauprozess warten Eigentümer viel zu lang auf Gutachten und Entscheide», sagt Alfred Sulzer. Er ist Präsident von Domus Antiqua Helvetica, der schweizerischen Vereinigung der Eigentümer historischer Wohnbauten, und ein Gutbürgerlicher wie aus dem Bilderbuch. Ge schliffene Worte, süffisantes Lächeln, tadellose Manieren. In seinem Domizil in der Bündner Herrschaft erklärt er den Teufelskreis: Fehlende Mittel sorgen für Unmut, und der politische Rückhalt sinkt. Budgetkürzungen und Gesetzesänderungen verschärfen das Problem weiter.

Bedrängte Rechtsgrundlagen

Die mit der KSD erhobenen Zahlen erfassen nicht die Budgets der Fachstellen, weil diese je andere Aufgaben wahrnehmen, teilweise ihre Miete und den IT-Support bezahlen oder ein Museum betreiben. Allerdings ist die Tendenz eindeutig. Zug minus 15 Prozent, Bern minus 30 Prozent, Luzern minus 40 Prozent. Negativ entwickeln sich auch die Positionen der Fachstellen in den Verwaltungen. Oft wurden Ämter zu Abteilungen und rückten damit weiter weg von den politischen Entscheidungsträgern.

Neben knappen Mitteln drängen rechtliche Vorstöße. Beispielsweise erhöhte Zug die Schutzanforderungen und befand über eine CVP-Motion, die mitunter das Einverständnis der Eigentümer zur Unterschutzstellung und eine parteipolitisch besetzte Denkmalpflegekommission forderte. Immerhin brachte dies das Thema ins kantonale Parlament, das einen kühlen Kopf bewahrte und fast alle Motionsteile ablehnte. Ausserdem sprach es nach Jahrzehnten der Kreditverweigerung endlich die nötigen Mittel zur flächendeckenden Inventarisierung.

Auch auf nationaler Ebene geschieht einiges: Seit der Revision des Raumplanungsgesetzes 2013 sind Photovoltaikanlagen auf Dächern prinzipiell bloss noch meldepflichtig. Brisant ist die Initiative des Zuger FDP-Ständerats Joachim Eder. Diese zielt auf Projekte für erneuerbare Energien in Naturschutzgebieten und trafe die Denkmalpflege kollateral. Eder fordert, dass die Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission zukünftig einer Interessensabwägung mit kantonalen Aufgaben unterliegen. Der Heimatschutz warnt, dies würde die Bundesinventare auf den Stellenwert lokaler Schutzobjekte herabstufen. Das Bundesamt für Kultur (Bak) sieht die nationale Schutzarchitektur relativiert.

Politik und Ökonomisierung

Wie ein Blick in die Geschichte zeigt, gehorchen die rechtlichen Veränderungen dem Zeitgeist. Als die Industrialisierung Stadt und Land mit Fabriken und Verkehrswegen umpflogte, entstand der zivile Heimatschutz als bürgerlich-patriotische Reaktion. Wohlstand und Automobilisierung führten in der Nachkriegszeit zur nächsten Abrisswelle in den Dorfzentren und Altstädten. Ökofreunde und Kapitalismuskritiker etablierten daraufhin in den Siebzigerjahren die staatliche Denkmalpflege.

Gegenwärtig schlägt das Pendel ein weiteres Mal zu Ungunsten des Baubestands aus, angetrieben von Dominanz der Eigentumsfreiheit, sinkendem Gemeinsinn, Ökonomisierung aller Lebensbereiche und technologischem Fortschrittsglauben. In Boomregionen relativieren enorme Bodenpreise fachlich korrekte Schutzbemühungen und erhöhen den Nutzungsdruck. In diesem Umfeld steht die Denkmalpflege politisch einsam da. Die Heimatrhetorik der Rechten richtet sich gegen das Fremde und steht für nichts. Die Linke propagiert technologische Nachhaltigkeit und scheut sich vor dem Staub der Baugeschichte. Das heutige Bürgertum sieht Kultur als Privatangelegenheit und ist diesbezüglich auf Sparkurs. Das Resultat: Der Denkmalschutz wird oft opportunistisch angewandt und je nach Bedarf durchgesetzt oder aufgegeben.

Adrian Schmid, Geschäftsführer beim Schweizer Heimatschutz (SHS), erkennt dabei eine Diskrepanz zwischen politischen Entscheiden und dem Willen der Bevölkerung. Er verweist auf eine Studie des Bak zur Wertschätzung von Kulturgütern und berichtet von eigenen Kampagnenerfolgen bei der Luzerner Zentral- und Hochschulbibliothek und der Tessiner Landschaftsschutz-Initiative. Sicherlich erzeugt der politische Druck eine Gegendynamik. Und trotzdem: Beim Umweltschutz wie bei der Kulturgü-

terpflege herrscht eine gesellschaftliche Konsumhaltung, als seien intakte Altstädte, Dorfkerne, Siedlungsränder und Landschaften keine Leistung.

Missverständnisse zur Energiewende

Nebst ökonomischem Zeitgeist setzen vermeintliche gesellschaftliche Zielkonflikte der Denkmalpflege zu. Nur scheinbar steht sie der Energiewende im Wege, denn schweizweit sind kaum fünf Prozent der Bauten geschützt, und diese liessen sich mit behutsamen Massnahmen an Fenstern, Kellerböden und Dächern ertüchtigen. Ausserdem enthält bestehender Wohnraum viel graue Energie und hat meist einen geringen Flächenverbrauch pro Kopf. Daniel Schneller, KSD-Präsident und Denkmalpfleger von Basel-Stadt, sieht die Energiepolemik als Wirtschaftsförderung im Deckmantel von Umweltschutz. Er verweist auf die Baubiologie, die seit den Siebzigerjahren von der Agenda der Architekten verschwand. Damals waren Ökobewegung und Denkmalpflege eins, und wenn die Gesellschaft wirklich Ressourcen schonen möchte, müsste sie sich darauf zurückbesinnen.

«Eigentümer warten oft viel zu lang auf Entscheide der Denkmalpflege.» Alfred Sulzer

Verdichtung als Chance

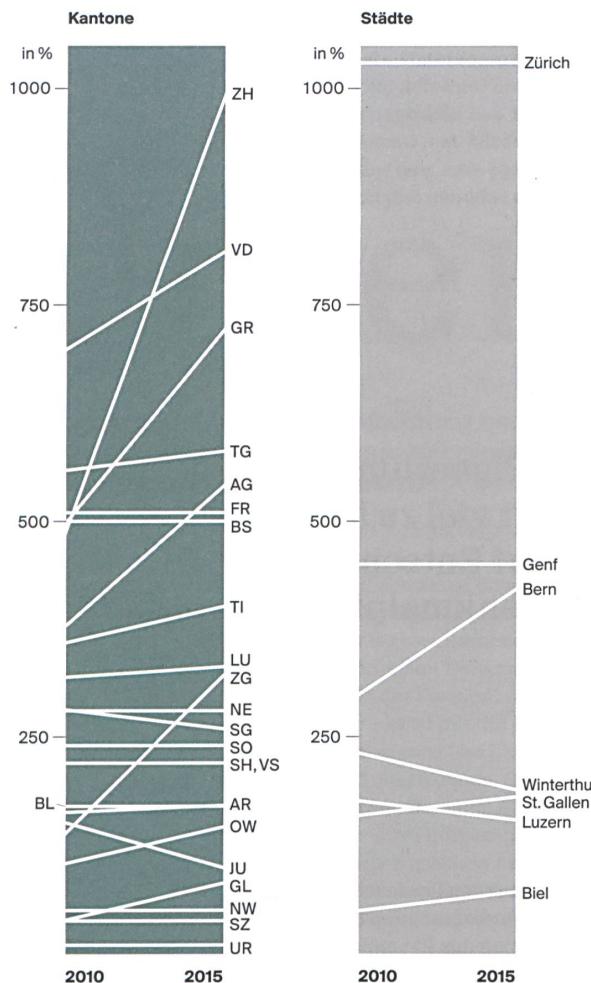
Während die Zersiedelung den Landschaftsschutz herausforderte, verlagert die Verdichtung den Druck auf den Baubestand. Seit der Revision des Raumplanungsgesetzes 2013 überarbeiten die Kantone ihre Richtpläne. Was dann folgen könnte, zeigt sich bereits in ökonomischen Wachstumsgebieten wie um den Genfersee und in der Zentralschweiz. Die Zahl denkmalpflegerisch begleiterter Baugesuche stieg zwischen 2010 und 2014 in Zug um 28 Prozent, in Uri um 50 Prozent, in Schwyz um 78 Prozent und in Luzern gar um 130 Prozent. Erschwerend wurde das Luzerner Budget in wenigen Jahren beinahe halbiert. Der eingangs beschriebene Teufelskreis ist vorprogrammiert.

«Wir werden mehr Freiräume als Bauten verlieren», fürchtet derweil Peter Baumgartner. Im Zürcher Blockrandhof spricht er über die Bedeutung urbaner Brachen. Wo klassische Planungsinstrumente versagten, könnten Schutzobjekte helfen. Baumgartner sieht den historischen Bestand als Chance für qualitätsvolle Verdichtung. Er denkt seine Disziplin raumplanerisch und erklärt seine Haltung anhand des geplanten Innovationsparks auf dem Militärflugplatz Dübendorf: «Die Hangars könnten als Gürtel von Schutzbauten einen Übergang vom Dorf zum neuen Massstab bilden, und in den Hallen liessen sich Provisorien für Start-ups einrichten.» ● →

Zahlen zur Schweizer Denkmalpflege

Stellenprozente ...

... der Fachstellen für die Kernbereiche der praktischen Denkmalpflege, Bauberatung und Inventarisierung.
Befristete Stellen zur Ersterarbeitung oder Revision sind enthalten, Praktikanten oder Zivildienstleistende nicht.



GE: keine Datenerhebung; BE: keine Auskunft

Verpflichtungskredit...

... des Bundes zur Unterstützung von Mehrkosten aufgrund denkmalpflegegerechten Arbeiten an Schutzobjekten.

2005	Fr. 32,8 Mio.
2010	Fr. 20,9 Mio.
2015	Fr. 26,3 Mio.

Inventare ...

... der kantonal oder kommunal als geschützt, schutzwürdig oder erhaltenswert eingestuften Bauten. Bei Inventaren in Ersterarbeitung oder Revision ist das Revisionsziel angegeben, ansonsten der aktuelle Zustand.

Reichweite/ jüngster Bau	bestehend	in Revision	in Ersterarbeitung
1920	AG		
1934	SZ		
1959	AR		
	TG		
1960	JU		
1963	VS		
1964			GL
1970	BL	NE	BS
	Biel		
	St.Gallen		
1974			SH (inkl. Stadt)
1975		ZG	LU
		UR	
1980	GE	ZH	GR
	VD		Winterthur
		Zürich	
1982	TI		
1985	FR	OW	
		NW	
1990		Bern	Luzern

■ flächendeckend (Reichweite)
■ nicht flächendeckend (jüngster Bau)
■ keine Auskunft
 AI, SO, SG, Stadt Genf: kein Inventar

Ausgaben Bund und Kantone ...

... für tatsächlich in Rechnung gestellte Arbeiten an Schutzobjekten. Der Bund unterstützt die Kantone subsidiär.

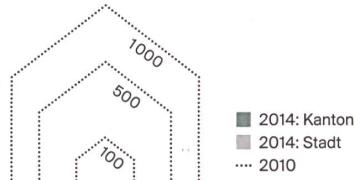
2005	Fr. 127,6 Mio.
2010	Fr. 140,2 Mio.
2014	Fr. 146,5 Mio.

Bund | Kantone

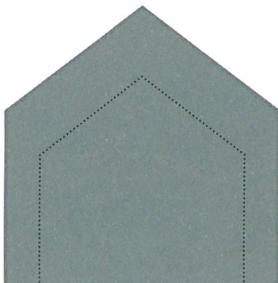
Baugesuche,...

... die während eines Jahres den Fachstellen zugewiesen und bearbeitet wurden. Nicht enthalten sind laufende Bauprojekte, Wettbewerbsjurierungen, Voranfragen, Unterschutzstellungsprojekte, Planungen und dergleichen.

AI, Stadt St. Gallen: keine Datenerhebung; BE: keine Auskunft



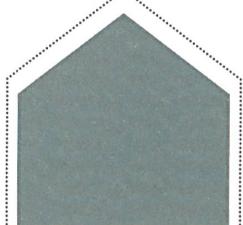
Kanton, Stadt
Anzahl Baugesuche 2010 / 2014



Genf
1200/2130



Aargau
975/1350



Waadt
1550/1250



Basel-Stadt
600/775



Freiburg
595/653



Thurgau
643/638



St.Gallen
400/550



Zürich
495/490



Basel-Landschaft
491/489



Tessin
350/400



Luzern
173/398



Bern
360/380



Zug
270/346



Wallis
435/330



Neuenburg
337/310



Zürich
219/270



Genf
350/250



Glarus
250/250



Graubünden
180/240



Luzern
ca. 200/211



Schwyz
116/207



Winterthur
196/203



Appenzell Ausserrhoden
158/203



Schaffhausen
(inkl. Stadt) 152/175



Obwalden
137/120



Solothurn
100/120



Uri
70/105



Nidwalden
120/80



Biel
43/58



Jura
47/43 (2013)

Drei Anmerkungen

1. Diese von der Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger (KSD) begleitete Datenerhebung isoliert spezifische Aspekte stellvertretend für die Entwicklung von personellen Ressourcen, Inventaren und Aufgaben. Weil der kantonale Vergleich Begehrlichkeiten wie Kürzungsforderungen wecken könnte, muss man die Vergleichbarkeit relativieren.

Drei Beispiele: Bei vielen Kantonen, die ihre Inventare revidieren oder erstmals erarbeiten, ist das Wachstum der Stellen befristet. In manchen Kantonen betreut Bauberater den gesamten Schutz- und Subventionsprozess. Die Rechtskraft der Inventare reicht vom unverbindlichen Hinweis bis zum Grundbucheintrag.

2. Trotz Abstimmung mit der KSD sind die gewählten Kriterien noch nicht perfekt. Angesichts der politischen Forderung nach professionellem Qualitätsmanagement hat die KSD Ende August eine Tagung zum Thema Statistik durchgeführt. Bis Ende 2016 will sie gemeinsam mit dem Bundesamt für Statistik griffige Kriterien definieren und Zahlen erheben. Erst diese werden einen gültigen Vergleich zwischen den Kantonen erlauben.

3. Diese Erhebung zielt deshalb auf die aufschlussreiche Entwicklung innerhalb der Kantone.

Quellen: Bundesamt für Kultur, Sektion Heimatschutz und Denkmalpflege (Bund), Umfrage von Hochparterre in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger (Kantone, Städte).

Mehr Denkmalpflege:
<Lautsprecher>, Seite 3.